



Gebäudereiniger putzt ein gläsernes Dach: Derzeit liegt der Mindestlohn bei 8,84 Euro. Er soll 2019 auf 9,19 Euro und 2020 auf 9,35 Euro steigen. Foto: Sebastian Kahnert/dpa

Scholz will 12 Euro

Mindestlohn steigt zunächst auf 9,19 Euro – SPD-Finanzminister fordert deutlich mehr

BERLIN. Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) hat seine Forderung nach einem deutlich höheren Mindestlohn bekräftigt. Er finde, „dass 12 Euro Mindestlohn angemessen sind“, schrieb der stellvertretende SPD-Vorsitzende und Vizekanzler in einem Gastbeitrag für bild.de. „Am Lohn sollten Unternehmen nicht sparen.“ Derzeit liegt der Mindestlohn bei 8,84 Euro. Er soll 2019 auf 9,19 Euro und 2020 auf 9,35 Euro steigen. Das Bundeskabinett beschloss am Mittwoch eine entsprechende Verordnung.

Die FDP wies Scholz' Forderung empört zurück. „Es ist nicht die Aufgabe des Vizekanzlers, aus parteipolitischer Verzweiflung ein Wettrennen beim Mindestlohn loszutreten“, kritisierte Fraktionsvize

Michael Theurer. Die Lohnfindung sei Sache der Tarifpartner, diese Lohnentwicklung fließe dann in die Arbeit der unabhängigen Mindestlohn-Kommission ein. „Wenn Finanzminister Scholz hier politisch eingreift, ist das ordnungspolitisch falsch und ökonomisch unverantwortlich.“

Scholz hatte schon vor einem Jahr einen Mindestlohn von 12 Euro ins Gespräch gebracht. In der großen Koalition ist das allerdings kaum durchsetzbar.

Vor wenigen Tagen hatte Bundestagsvizepräsident Thomas Oppermann die SPD angesichts ihrer tiefen Krise zur Schärfung des linken Profils aufgerufen und ebenfalls einen Mindestlohn von zwölf Euro pro Stunde gefordert. Er

halte das für angemessen, sagte der ehemalige SPD-Bundestagsfraktionschef. Es gebe einen Niedriglohnsektor, „in dem Menschen extrem hart arbeiten, aber mit dem Netto nicht zufrieden sein können“.

Die Zahl der Arbeitslosen ist im September zwar auf den niedrigsten Wert seit 1991 gesunken, zugleich sind aber Hunderttausende „Aufstocker“ trotz Arbeit auf Grundversicherung angewiesen. Mehr als zehn Milliarden Euro wurden im vergangenen Jahr an sogenannte Bedarfsgemeinschaften mit mindestens einem abhängigen Erwerbstätigen gezahlt, so eine Statistik der Bundesagentur für Arbeit, auf die die Linke im Bundestag aufmerksam machte. Im Jahr zuvor waren es 9,85 Milliarden Euro. (dpa) **KOMMENTAR**

Hintergrund

Deutschland in der EU auf Platz sechs

In 22 der 28 EU-Länder gibt es einen gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn. Spitze und Ende der Tabelle:

Luxemburg	11,55 Euro
Frankreich	9,88 Euro
Niederlande	9,68 Euro
Irland	9,55 Euro
Belgien	9,47 Euro
Deutschland	8,84 Euro
Großbritannien	8,56 Euro
.....	
Kroatien	2,66 Euro
Ungarn	2,57 Euro
Lettland	2,54 Euro
Rumänien	2,50 Euro
Litauen	2,45 Euro
Bulgarien	1,57 Euro

Quelle: Hans-Böckler-Stiftung